

# Etat-Debatte offenbart Kluft im Rat

Letzte Sitzung des Jahres: Gremium verabschiedet den Haushalt 2023/24 gegen die Stimmen von CDU/„Die Demokraten“

VON KAI KOPPE

**Cuxhaven.** Über Jahre hinweg hatten die beiden großen Fraktionen in finanzpolitischen Fragen den gemeinsamen Nenner gesucht. Inzwischen ist das vorbei. Einen Haushaltsbeschluss gab es am vergangenen Montag dennoch. Gegen die Stimmen der Gruppe aus Union und „Die Demokraten“.

Zumindest in einer Frage kamen die unterschiedlichen Ratslager überein: Andrea Pospich habe einen guten Job gemacht, hieß es mit Blick auf die Erste Stadträtin, die Soll und Haben im Auge behalten hatte und zum Auftakt der Haushaltsdebatte, darlegte, wo die Stadt Cuxhaven finanziell steht. Pospichs Plädoyer, wirtschaftliche Chancen zu nutzen und Gewerbeansiedlung zugunsten steigender Gewerbesteuererinnahmen voranzutreiben, sorgte sogar für Gänsehautmomente (und für einen spontanen Sinneswandel) bei der FDP: Die Liberalen stimmten dem Doppelhaushalt 2023/24 zu, nicht so die Gruppe aus CDU und „Die Demokraten“. Deren Nein hat nach den Worten des Gruppenvorsitzenden Thimeo Röhler mit Haushaltschwerpunkten zu tun - mit besagter „Handschrift“ (die CN berichteten), die in einer Ergänzungsvorlage zusammengefasst ist und von der „Koop“ im Laufe der letzten Wochen in den Etat-Entwurf eingepflegt wurde.

## Röhler (CDU) spricht von „Voodoo-Politik“

Auf diese Weise sei der Finanzplan, den Röhlers Fraktionskollege Enak Ferlemann als „ursprünglich absolut zustimmungsfähig“ beschrieb, in ein anderes Licht gerückt worden: „Ein Ausweis von Voodoo-Haushaltspolitik, der die Stadt aufs Abstellgleis führen wird“, warnte Röhler. Für den CDU-Ratfrakti-



**Auf diesem Grundstück in Hochdöse soll die viel zitierte Querspange verlaufen. In der Haushaltssitzung des Rates wurde das Straßenbauprojekt zum Synonym für die politischen Gegensätze zwischen Mehrheit und CDU/„Die Demokraten“.** Foto: Reese-Winne

onschef ist klar: Einen im Jahr 2016 geschlossenen Entschuldungsvertrag mit dem Land werde man so nicht einhalten können. Denn von der Kämmerin genannte „Big Points“ (Röhler spielte auf Themen wie Standortentwicklung und die daran geknüpfte Hoffnung auf eine Steigerung der städtischen Gewerbesteuererinnahmen an) würden in der Haushaltskonzeption der aus SPD, Bündnis 90 und Wählergemeinschaft gebildeten Mehrheit zu kurz kommen.

Gleiches gelte übrigens für das Thema Auto: „Auch das gehört zur Mobilität“, ergänzte Röhler und kam so auf einen Kernkritikpunkt am später beschlossenen Haushaltsentwurf zu sprechen: Ideologisch durchsetzt ist jener nach Lesart der CDU, welche die Grünen als die großen Gewinner der Haushaltsberatungen ausmacht und die SPD andererseits in einer „babylonischen Gefangenschaft“ (gekettet an den kleineren Koalitionspartner) wähnt. Deutlich wird das aus CDU-Sicht nirgendwo besser als am Beispiel der sogenannten Querspange Döse: Das Vorha-

ben, das als Verkehrsventil konzipiert war, werde kraft der von der Kooperation eingebrachten Handschrift auf den Status einer Anliegerstraße degradiert.

## Kosch (SPD): „Ehrgeizig, aber machbar“

An die Sozialdemokraten adressierte die Rats-Union kurz vor der Abstimmung noch ein Kompromissangebot: Ein positives Votum der Gruppe machte sie abhängig von einer deutlichen Aufstockung des Budgets zum Unterhalt der innerörtlichen Straßen - ein Bereich, in welchen die Stadt nach Röhlers Worten dringend investieren muss.

SPD-Ratsfraktionsvize Oliver Ebken ging auf diese Offerte nicht ein. „Sie sprechen von Abstellgleisen und von Voodoo. Und alles, was dann kommt, sind dann 600 000 Euro jährlich für Straßen“ hielt Ebken seinem Vordredner entgegen. Nach Auffassung von Rüdiger Kurmann hat die CDU „30 Jahre Zeit gehabt“, um solche Präferenzen umzusetzen. „Was ist dabei passiert? Wenig!“, rekapitulierte der Fraktionsvorsitzende der Wählergeme-

inschaft „Die Cuxhavener“, der angesichts des künftigen Etats von einem Paradigmenwechsel sprach: „Dinge, die so nicht mehr weiterlaufen konnten“, würden nun angepackt. Rats-Grünen Chef Robert Babacé allerdings hätte sich „an der ein oder anderen Stelle“ sogar noch tiefer gehende Veränderungen gewünscht

Details nannte SPD-Finanzexperte Volker Kosch in seiner Haushaltsrede. Kosch ging unter anderem auf eine angestrebte Verbesserung des ÖPNV, auf Investitionen in Photovoltaik-Anlagen oder auf eine finanzielle Stärkung der Stadttochter „Siedlung“ ein. Aus Sicht des SPD-Ratschefs spiegelt der Investitionsplan den Willen wider, „Ziele auf den Weg zu bringen“. Manche seien ehrgeizig, „machbar (aber) allemal“, urteilte Kosch, der nichtsdestotrotz darauf hinwies, dass das Budget „Spitz auf Knopf genäht“ sei, wobei man Haushaltsansätze „mit Bedacht, Vorsicht und Realitätssinn“ kalkuliert habe.

Die CDU sieht das anders. Sie wirft der SPD sogar vor, den eige-

nen OB (nebst seiner Kämmerin) gegenüber der Kommunalaufsicht alt aussehen zu lassen. „Sie haben die Einnahmen künstlich hochgesetzt, in einer Weise, wie ich das nicht riskieren würde“, monierte Enak Ferlemann über den Mittelgang des Ratssaales hinweg. Es ging dabei um die prognostizierten Gewerbesteuererinnahmen, die im beschlossenen Ergebnisplan um jeweils rund sechs Millionen auf 45 Mio. Euro (für 2023) und 47,2 Mio. Euro (für 2024) erhöht wurden.

Der inhaltliche Dissens zwischen Mehrheit und Rats-CDU wurde am Montag im Übrigen beinahe wohlwollend aufgenommen. „Ist doch gut, wir reiben uns wieder politisch“, meinte Peter Altenburg („Die Cuxhavener“) - augenzwinkernd und doch ganz im Sinne der vom Interims-Ratsvorsitzenden Herbert Kihm eingeforderten Weihnachtsstimmung. „Ich finde es schön, dass wir auf diese Weise deutlich machen können, wo die neue Mehrheit steht und wo die Opposition“, bilanzierte CDU-Ratsfrau Beatrice Lohmann.